Karl-Friedrich Weber

Waldbrief Nr. 71 vom 22.02.2025

Im Jahr 2024 ist im Ökom-Verlag ein viel beachteter sogenannter „Faktencheck Artenvielfalt“ erschienen, der von einer Autorengruppe um Christian Wirth, Leipzig, erstellt wurde (Hrsg.: Christian Wirth, Helge Bruelheide, Nina Farwig, Jori Marx, Josef Settele). Der vollständige Titel lautet:

„Faktencheck Artenvielfalt – Bestandsaufnahme und Perspektiven für den Erhalt der biologischen Vielfalt in Deutschland“

These:

Was wir messen, hängt unmittelbar mit der Messmethode zusammen. Die Methode bestimmt das Ergebnis und das Ergebnis bestimmt unsere Theorie. Umgekehrt gilt genau dasselbe. Die Theorie bestimmt die Methode und die Methode das Ergebnis. Für die Erfassung von Tier- und Pflanzenarten gilt entsprechendes.

Wenn erstmals ein derart umfassendes Werk über die Situation der biologischen Vielfalt erscheint, stellt sich naturgemäß die Frage, wie es die Autoren geschafft haben, die ungeheure Datenfülle nicht nur zusammenzutragen, sondern auch auf ihre wissenschaftlich abgesicherte Methodik der Erfassung und den Kontext, in den sie gestellt werden, zu überprüfen. Die Ökologen Prof. Dr. Bernd Gerken vom Aueninstitut für Lebendige Flüsse (https://de.wikipedia.org/wiki/Bernd_Gerken) und der Dipl.-Biologe Axel Schmoll aus Leipzig haben sich am Beispiel des Abschnittes Forst und Wald an diese aufwändige Arbeit gemacht. Ihre Bemerkungen zum „Faktencheck Artenvielfalt“ werfen zahlreiche wesentliche Fragen auf. Sie sind im Gegensatz zu vielen flachen Rezensionen in die Tiefe gehend. Der Wert ihrer Recherche liegt für Fachkundige wie interessierte Laien darin, richtige Fragen zu stellen und keine schnellen Antworten zu geben. Er kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Auf die Antwort richtiger Fragen zu bestehen, kann helfen zu erkennen, wo die Grenze von unabhängiger angewandter Wissenschaft zu deren Interessengebundenheit überschritten wird. Es ist zweckmäßig, den Faktencheck als pdf-Datei herunterzuladen, um die Quellen und Verweise der Bemerkungen verfügbar zu haben. (https://www.oekom.de/buch/faktencheck-artenvielfalt-9783987260957)

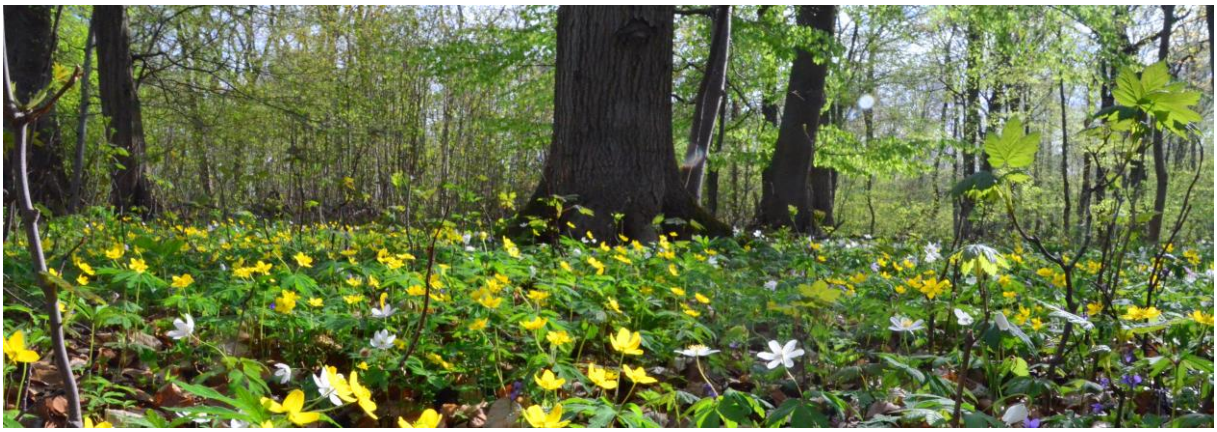

Foto: Karl-Friedrich Weber

Prof. Dr. Bernd Gerken

Dipl.-Biologe Axel Schmoll

Bemerkungen zum „Faktencheck Artenvielfalt“ (Wirth et al. 2024)

- Bestandsaufnahme und Perspektiven für den Erhalt der biologischen Vielfalt in Deutschland -

Ein Beitrag von Axel Schmoll und Bernd Gerken

Im Jahr 2024 ist im Ökom-Verlag ein viel beachteter sogenannter „Faktencheck Artenvielfalt“ erschienen, der von einer Autorengruppe um Christian Wirth, Leipzig, erstellt wurde (Hrsg.: Christian Wirth, Helge Bruelheide, Nina Farwig, Jori Marx, Josef Settele). Im vollständigen Titel lesen wir *„Faktencheck Artenvielfalt - Bestandsaufnahme und Perspektiven für den Erhalt der biologischen Vielfalt in Deutschland“.* Wir beziehen uns im Folgenden auf die *„Zusammenfassung für die gesellschaftliche Entscheidungsfindung“*.

Als Ökologen und ehrenamtlich im Wald- und Naturschutz Tätige (u.a. für NuKLA e.V., Aueninstitut für Lebendige Flüsse, Initiative Stadtnatur Leipzig) analysieren wir diesen *„Faktencheck Artenvielfalt“* aus naturschutzfachlicher Sicht, wobei insbesondere der Waldschutz in den Fokus genommen wird. Wir beschränken uns dabei weitgehend auf die *„Zusammenfassung für die gesellschaftliche Entscheidungsfindung“* und betrachten, wie der aktuelle Zustand unserer Waldökosysteme bewertet wird und die Forstwirtschaft als Treiber für Biodiversitätsveränderungen eingeschätzt wird. Eine vollständige Analyse dieser Publikation wird empfohlen, denn sie würde zahlreiche Ansätze für eine umfassende Neustrukturierung des Naturschutzes und des Wirkens der Eingriffsdisziplinen zutage fördern, wobei dann vor allem Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft und Wasserbau sowie Siedlungsplanung Innovationen erwarten könnten.

Die Forstwirtschaft wird in diesem *„Faktencheck“* hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Biodiversität auffallend positiv dargestellt, was mit der Realität der Einwirkungen dieser Eingriffsdisziplin nicht übereinstimmt. Die gravierenden negativen Folgen der immer noch vorherrschenden naturfernen Altersklassen-Forstwirtschaft, die immer weiter fortschreitende Degradierung der Waldböden durch schwere Maschinen und der rücksichtslose Umgang mit den Kalamitätsflächen werden aus unserer Sicht

verharmlost. Auffallend ist zudem, dass zwischen Wald als Ökosystem und Forst nicht unterschieden wird. Es ist auch in der Forstökologie bekannt, dass Forstwirtschaft Scheinökosysteme mit sogenannten Biozönoiden als Lebensgemeinschaft der Baumkultur bewirtschaftet. Echte Waldökosysteme kann es in Deutschland daher - ausdrücklich nur forstwirtschaftlich bedingt - bis auf geringe Ausnahmen (Nationalparke, Biosphärenreservate etc.) kaum geben. Die Verwendung des Schädlingsbegriffs ist naturschutzfachlich überholt, findet jedoch in der Forstwirtschaft weiterhin Anwendung, wobei damit lediglich von forstfachlichen Fehlentscheidungen abgelenkt wird. Der offenkundige Trend, Forsten zunehmend für die Windindustrie zu opfern oder Baumhölzer für großflächige Solarenergie-Anlagen zu öffnen und zu deren Durchsetzung wesentliche Errungenschaften des Naturschutz- und Artenschutzrechts abzuschaffen, wird ausgeblendet. Angeblich positive Entwicklungen im Wald durch die Forstwirtschaft, so die Erhöhung des Totholzanteils oder der angeblich positive Zustand von Buchenwaldgesellschaften, die im *„Faktencheck“* gelobt werden, halten einer kritischen Prüfung nicht stand. Verwundert waren wir beim Lesen einiger Passagen auch über die Definition der Biodiversität im Wald an sich: Sind Offenlandarten für die Biodiversität im Wald tatsächlich förderlich? Ist man sich des Potenzials eines natürlichen Waldmosaikzyklus bewusst, der auch forstwirtschaftlich berücksichtigt werden könnte? Ist es naturschutzfachlich gerechtfertigt, Bodenverdichtungen auf Rückegassen als biodiversitätsfördernd zu bezeichnen, weil dort Gelbbauchunken auftauchen können? Abschließend gehen wir der Frage nach, wie ein derart forstfreundlicher Tenor erklärt werden könnte.

Gefördert wurde der *„Faktencheck Artenvielfalt“* vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Die *„Zusammenfassung für die gesellschaftliche Entscheidungsfindung“* des „Faktenchecks Artenvielfalt“ beinhaltet nach einer zweiseitigen Kurzfassung 38 Kernaussagen (S. 15-29) und weiterführenden Erläuterungen zu diesen Kernaussagen (S. 30-86).

Bereits in der Kurzzusammenfassung fällt auf, dass zwar die landwirtschaftliche Nutzungsintensivierung als Hauptverursacher des Schwundes der Artenvielfalt benannt wird, nicht jedoch die intensive Forstwirtschaft.

Überraschend ist für uns hier auch der Vorschlag, für die Verbesserung der Artenvielfalt mehr kleine als wenige große Schutzgebiete auszuweisen. Demgegenüber weist die Literatur hinreichend nach, dass die Schutzgebiete in Deutschland insgesamt für viele Arten deutlich zu klein und zu verinselt sind. Ca. 58% der deutschen Naturschutzgebiete sind kleiner als 50 ha und somit gegenüber negativen Außenfaktoren nicht ausreichend abgepuffert. In mehreren Regionen Deutschlands sind neue Nationalparke wie z.B. im Steigerwald oder im Senne-Eggegebirge geplant. Warum werden diese wichtigen Projekte für die Förderung der Biodiversität im *„Faktencheck“* nicht unterstützt oder zumindest benannt?

Das 10%-Ziel strenger Schutzgebiete wird nicht in Frage gestellt, obwohl die EU-Biodiversitätsstrategie und das Naturschutzabkommen von Montreal 30 % Schutzgebiete verlangen. Zudem wurde hinreichend dokumentiert, dass Schutzgebiete ohne strengen Schutz nahezu keine positiven Effekte für die Artenvielfalt entfalten können. So zeigen die meisten FFH-Lebensraumtypen und Arten in den Natura 2000-Gebieten weiterhin einen negativen Bestandstrend. Warum verlangt ein *„Faktencheck*

Artenvielfalt“ angesichts dieser evidenzbasierten Datenlage keinen höheren Anteil strenger Schutzgebiete?

Warum wird die für den Naturschutz systematisch nachteilige so genannte Land- und Forstwirtschaftsklausel nicht als prinzipielles Hindernis auf dem Weg zu konsequentem Arten- und Lebensraumschutz benannt und deren Abschaffung vorgeschlagen?

In der Zusammenfassung wird pauschal und ohne überzeugende Begründung darauf hingewiesen, dass Waldvögel seit 2010 stark zugenommen hätten. Es wird auf eine angebliche Verbesserung der Waldstruktur verwiesen. Nicht erwähnt wird, dass die eigentlichen Ursachen für die Zunahme nicht bekannt sind und vermutlich v.a. auf das Absterben der naturfernen Fichtenmonokulturen (als Folge der verfehlten Forstwirtschaft) zurückzuführen sind. Übrigens werden dabei auch Nicht-Waldarten gefördert, die aber im Offen- oder Halboffenland gefördert werden sollten bzw. in Verjüngungs- oder Zerfallsphasen eines natürlichen Wald-Mosaikzyklus auftreten würden, die die Forstwirtschaft jedoch kaum zulässt. Warum konnten die Autorinnen und Autoren des „Faktenchecks“ die zunehmenden Gefährdungen durch die massive Förderung des Baus von Windindustrieanlagen in Wäldern übersehen, die in naher Zukunft große Anteile der deutschen Waldfläche für Arten- und Lebensraumschutz erheblich und nachhaltig entwertet haben werden?

In der Kernaussage 1 (S. 15) werden hinsichtlich der besonders gefährdeten Wälder nur die Moorwälder benannt. Die Auenwälder werden nicht erwähnt, obwohl das Bundesamt für Naturschutz eigentlich seit vielen Jahren den Schutz der letzten Restbestände vorrangig fordert. Bei den Laubwäldern gäbe es positive Entwicklungstendenzen, so der *„Faktencheck“*. In Abbildung 3 wird hierzu ein Rotbuchenwald mit Bingelkraut-Unterwuchs gezeigt – ohne inhaltliche Aussage. Gefährdungen bestünden jedoch durch den Klimawandel. Gefährdungen durch die sogenannte ordnungsgemäße Forstwirtschaft werden nicht erwähnt, obwohl diese seit Jahren offensichtlicher sind als die klimawandelbedingten Folgeschäden. Der Darstellung eines positiven Gesamtzustandes von Buchenwäldern (so auch in den Hintergrundinformationen auf S. 30 beschrieben) kann allerdings keinesfalls gefolgt werden, schaut man sich die Datenlage genauer an. Der dramatisch-kritische Zustand der Buchenwälder ergibt sich z.B. aus der alternativen Roten Liste der Buchenwaldgesellschaften von *Norbert Panek* (2019) und anderen Schriften dieses Autors.

Fazit *Norbert Panek* (2020): *„Natürliche Buchenwälder sind deutschlandweit faktisch ausgelöscht, naturnahe, ökologisch reife (alte) Buchenbestände kaum noch vorhanden. Eine Auswertung der Daten des Alternativen Waldzustandsberichts der Naturwald Akademie Lübeck zeigt, dass sich alle in Deutschland vorkommenden Buchenwaldtypen aus Naturschutzsicht in einem dramatischen Zustand befinden.“*

Der Autor *Norbert Panek* wird zwar in der Gesamtliteraturliste zum Thema Wald aufgeführt (2020, 2021), seine alarmierenden Analysen und forstkritischen Inhalte blieben dann aber offensichtlich gänzlich unberücksichtigt. Gleiches gilt für den *alternativen Waldzustandsbericht der Naturwald Akademie Lübeck* (2018).

Auf die immer noch in vielen Buchenwäldern praktizierte Schirmschlag-Bewirtschaftung in Buchenwäldern, die Buchenbestände radikal aufreißt und ihrer wichtigen

Selbstkühlungspotenziale beraubt (sogar in FFH-Gebieten wie im Umfeld des NSG *„Heilige Hallen“*), wird ebenfalls nicht hingewiesen. Warum wird in einem solchen *„Faktencheck“* kein Einschlagsmoratorium in unseren Buchenwäldern eingefordert?

Foto 1 (© A. Schmoll): Weltnaturerbe Buchenwald Grumsin - einer der wenigen Buchenwälder in Deutschland, die vor Einschlag geschützt sind – aber auch dieser Bestand kann kein vollständiges Waldmosaik zeigen, da seine Fläche nicht genügt und der zeitliche Abstand zur bisherigen Forstnutzung noch nicht groß genug ist.

Die deutsche Forstwirtschaft arbeitet nachhaltig bestenfalls in ökonomischem Sinne (bei Nutzung standortfremder Arten wird selbst dieses Ziel nicht erreicht) und vernachlässigt die Gesamtökologie von Baumhölzern resp. Waldgesellschaften. Seit Jahrzehnten erfolgt nahezu unwidersprochen die Bewirtschaftung von Forsten, ohne die naturüblichen Verjüngungsphasen sowie die Zerfallsphasen zu ermöglichen. Weil es natürliche Zyklen von Baumbeständen und ihren frühesten Jugend- und ältesten Altersphasen wirtschaftlich bedingt auf der gesamten deutschen Holzbodenfläche nicht mehr gibt, kann in Deutschland kein echtes Waldökosystem mehr gefunden werden. Somit kann es mindestens seit Jahrzehnten auch keine ökologischen Befunde mehr geben, die Aufschluss über diese Ökosysteme geben können. Das konnte auch bei dem einst berühmten Solling-Forschungsprojekt der Universität Göttingen nicht geleistet werden. Dieser grundsätzliche Mangel besteht sowohl bei den Mitteleuropa-typischen Buchenwaldgesellschaften, als auch bei allen anderen Waldgesellschaften, etwa den von Stiel- oder Traubeneiche geprägten Beständen oder den Bruchwaldgesellschaften.

Weil den Forstökosystemen diese natürlichen, halboffenen Lebensräume vorenthalten werden, wird auch in den Lebenshaushalt des Edaphons (belebten Bodens) eingegriffen,

wobei Art und Umfang dieses Eingriffs weitgehend unbekannt sind – es gibt keine solchen Ökosysteme, in denen entsprechende Forschung möglich wäre. Dieser eklatante Mangel müsste in einem *„Faktencheck“* hervorgehoben werden. Mindestens von den staatlichen Forsten kann verlangt werden, dass sie diesen Mangel möglichst schnell beheben. Man kann davon ausgehen, dass die Phasen des Waldmosaikzyklus für die Artenzusammensetzung und die ökologischen Funktionen dieser Lebensräume existentiell sind. Wenn dieser Zustand langfristig anhält, dürfte die Resilienz der Baumhölzer abnehmen, weil das den Wald nährende Edaphon in seinen Funktionen gestört ist – und möglicherweise werden Symptome davon bereits beobachtet, ohne dem Verständnis ihrer Ursache mangels Referenzbeständen angemessen nahekommen zu können.

Auch in diesem Zusammenhang ist die Bedeutung der bestehenden und die Notwendigkeit zur Ausweisung weiterer Nationalparke hervorzuheben. Dabei wird offensichtlich, dass auch in den deutschen Nationalparken die Entwicklung von ungestörten Naturwäldern resp. echten Waldökosystemen kaum möglich ist. Kernursache dieses Tatbestandes ist der Ausschluss z.B. des Wisents aus diesen Gebieten sowie die Bejagung des Rot- und Rehwildes. Diese Arten sind Kernarten des europäischen Naturerbes, werden aber in der gängigen Forstwirtschaft gegen ein gesamtökologisches Verständnis als Schädlinge bezeichnet, die es stark zu regulieren gälte. Es bleibt uns unverständlich, warum die Autoren dieses *„Faktenchecks“* dieser prekären Situation unserer Nationalparke kein Augenmerk widmen und keine Neuorientierung im Management dieser grundlegend wichtigen Großschutzgebiete einschließlich der hierzu naturgemäß erforderlichen Weidetiere vorschlagen.

In Kernaussage 11 (S. 16, weitere Ausführungen S. 46 - 47) werden sogenannte Schlüsselarten benannt, die einen besonderen Beitrag für die Ökosystemleistungen erbringen. Hier wird als Baumart lediglich die Schwarzerle benannt. Auf S. 47 wird noch auf Eichenarten (Stiel- und Traubeneiche) hingewiesen. Warum benennt der *„Faktencheck“* nicht die Rotbuche, liegt Deutschland doch im Zentrum des natürlichen Verbreitungsgebietes dieser Baumart, weshalb eine besonders hohe Verantwortung besteht? Alte Buchenwälder gehören zudem zu den am stärksten bedrohten Lebensräumen der Erde. Wird hier der häufig durch die Forstwirtschaft und deren Verbündete vorgebrachten Behauptung Rechnung getragen, Buchenwälder seien naturgemäß eher artenarm, was nachgewiesenermaßen falsch ist?

Es sei hier nochmals hervorgehoben, dass bedingt durch die flächendeckende Forstwirtschaft außer wenigen sehr begrenzten Schutzgebieten in Deutschland keine alten Buchenwälder mehr existieren. Sogenannte *„Naturwaldreservate“*, *„Bannwälder“* oder gar *„Totholzinseln“* können über dieses Manko nicht hinwegtäuschen – sie sind allesamt viel zu klein, als dass sich echte Waldökosysteme entfalten könnten. Sie sind bereits zu klein für rein auf Pflanzen und Pilze bezogene Lebensgemeinschaften und absolut untauglich für Tiergemeinschaften, die sich in Wald-Ökosystemen entwickeln würden. Die Ausweisung dieser Sonderschutzbereiche erfolgte fast durchweg aufgrund pflanzensoziologischer und nur vereinzelt auch aufgrund ornithologischer oder koleopterologischer (*käferkundlicher*) Sachverhalte.

Foto 2 (© A. Schmoll): Hutewald Halloh im Naturpark Kellerwald-Edersee – Hutewälder können wichtige Stadien der Naturwald-Entwicklung aufweisen, was aufgrund ihrer Entstehung aus Menschenhand noch unzureichend beachtet wird. Bisher so genannte Urwaldrelikte könnten einen Hinweis zum Verständnis geben.

Im Hinblick auf den Begriff Ökosystemdienstleistungen darf von einem *„Faktenchecker"*-Autorenteam erwartet werden, diesen Begriff zu hinterfragen. Wie kann eine ernst zu nehmende, gesamtökologisch begründete Naturschutz-Wissenschaft ein derart anthropozentrisches Argument unhinterfragt übernehmen? Das Argument mag aus begrenztem Horizont dazu verwendet werden, Menschen verständlich zu machen, wozu sie artenreiche oder gar *„unberührte Natur" „brauchen"* – warum bestimmte Lebensräume also erhalten bleiben sollten. Menschen sollten nicht mehr nur fragen, wozu ihnen die Natur dienen kann. Angesichts der weltweiten Arten- und Lebensraumverluste sollte vor allem gefragt werden, wie Menschen der Natur dienen können. Es stünde den *„Faktencheckern"* gut zu Gesicht, wenn sie dazu Argumente vorlegen würden.

In Kernaussage 13 (S. 19, Gründe für die Änderung der biologischen Vielfalt, Erläuterungen auf S. 69) wird hinsichtlich der Wälder v.a. beklagt, dass historische Waldnutzungsformen wie Nieder-, Mittel- und Hutewälder stark zurückgegangen sind. Warum wird nicht betont, dass auch immer mehr Naturwälder verschwunden sind und durch Monokulturen ersetzt wurden? Waldwildnis gibt es in Deutschland so gut wie gar nicht mehr, denn es sind bis auf geringe Prozente der sogenannten Holzbodenfläche im Sinne der Forstökologie Biozönoide, also Pseudo-Ökosysteme. *„Faktenchecker"* sollten beachten, wie unklar der Begriff Wald und Forst verwendet wird. *„Wald"* signalisiert mindestens Naturnähe und im besten Sinne Natürlichkeit, *„Forst"* weist ein Baumholz direkt als anthropogen strukturiert aus.

Warum wird nicht mehr Prozessschutz im Wald eingefordert? Der kurze Hinweis auf S. 69, dass zur Förderung bestimmter Arten und Lebensräume die Einstellung jeglicher Nutzung erforderlich sein kann – mit unmittelbar anschließenden Erläuterungen, dass auch durch historische Bewirtschaftungsformen (Nieder-, Mittel- und Hutewald) Sukzessionsphasen entstehen, die einem natürlichen Waldzyklus ähneln, befriedigen nicht. Zweifellos ist dies eine interessante Behauptung, die allerdings angesichts der Tatsache im luftleeren Raum schwebt, dass wir keine Bestände kennen, an denen wir den Charakter als Elemente eines natürlichen Waldzyklus belegen könnten. Bezüglich Hutewaldes besteht tatsächlich eine Chance, Phasen des Naturwaldes zur Entwicklung kommen zu lassen, freilich unter Einbeziehung der dafür typischen einheimischen Weidetiere. Ein Bezug zu historisch alten Baumhölzern, und somit Schutzversuche ohne die einst diese strukturierende Tiergemeinschaft, hat keinen Zukunftswert für Arten- und Lebensraumschutz. Die diesbezüglichen Aussagen sind im vorliegenden „Faktencheck" deutlich zu wenig und decken sich eher mit weidlich bekannten Ausführungen in Schriften der Forstwirtschaft.

Warum wird in Kernaussage 13 des *„Faktenchecks"* nicht darauf hingewiesen, dass unsere Forsten durch den zunehmenden Holzhunger – Holz als angeblich nachhaltiger und klimaneutraler Rohstoff – immer stärker unter Druck geraten? Warum wird nicht darauf hingewiesen, dass naturnahe Baumhölzer ca. doppelt so viel Biomasse aufweisen (und somit auch mehr als doppelt so viel CO2 binden) wie unsere real existierenden „schwindsüchtigen" Forste? Auch mittels naturnaher Bewirtschaftungsformen kann in wenigen Jahrzehnten viel neue Biomasse aufgebaut werden – verbunden mit einer deutlichen Erhöhung der Biodiversität -, z.B. in Lübeck mit dem sog. *Lübecker Modell*, oder auch mittels Dauerwaldbewirtschaftung wie in *Kalebsberg*. Solche Modelle sollten in einem *„Faktencheck"* als Vorbilder für eine zukunftsfähige Forstwirtschaft empfohlen werden.

In Kernaussage 14 (S. 19) wird zwar darauf hingewiesen, dass natürliche Waldstrukturen in Monokulturen und Altersklassenwälder umgewandelt wurden, dann aber auf angeblich positive Entwicklungen der letzten zwei Jahrzehnte durch Förderprogramme hingewiesen. Der Totholzanteil habe zugenommen, so der *„Faktencheck*". Nicht erwähnt wird allerdings, dass diese Erhöhung insbesondere auf eine Senkung der Aufnahmeschwelle von 20 auf 10 cm zurückzuführen ist. Norbert Panek dazu: *„Wie man sich den Zustand deutscher Wälder „schönrechnen" kann, zeigt die offizielle Totholz-Statistik. Nach einer Inventurstudie aus dem Jahr 2008 sowie bei der Bundeswaldinventur (2014) ist der Totholz-Anteil im deutschen Wald in den letzten Jahren stark angewachsen. Verschwiegen wird dabei, dass die erhöhten Totholz-Mengen durch einen „Trick" herbeigerechnet wurden. In der aktuellen Inventur wurde Totholz schon ab einem Durchmesser von 10 cm erfasst; bei der letzten Bundeswaldinventur (2002) bezog sich die Erhebung hingegen lediglich auf Durchmesser-Bereiche ab 20 cm. Nach der aktuelleren Erhebung besteht die erfasste Totholz-Menge hauptsächlich aus frisch abgestorbenem Schwachholz, das bei Erntearbeiten anfällt, sowie aus Sägestubbe. Die erhöhten Totholzwerte sind also größtenteils Ergebnis einer vermehrten Erntetätigkeit im Wald. Ebenso ist bisher nicht aufgearbeitetes Sturmholz als „Totholz" erfasst worden. Aus den vorliegenden Erhebungsergebnissen auf einen ökologisch verbesserten Zustand unserer Wälder zu schließen, ist fachlich absurd."*

Foto 3 (© A. Schmoll): Lübecker Stadtwald – ein Vorbild für naturnahe Forstwirtschaft

Totholz wird in Forst- und Waldökosystemen mit wachsendem Durchmesser zunehmend wertvoll. Schwache Dimensionen sind für den Artenschutz demgegenüber minder relevant. Daraus sollte ein „Faktencheck" ableiten, dass in den Forsten und in Schutzgebieten aller Kategorien nennenswerte Flächenanteile bereitgestellt werden sollten, auf denen Bäume ihr artspezifisches Alter und ihre artspezifische Erscheinungsform hohen Baumalters erreichen, und dort auch den natürlichen Zerfall erleben sollten. Erst dann werden diese der Entfaltung z.B. der für Europa typischen Käferfauna und Flechtenflora dienen können – das hierzu erforderliche Alter liegt durchweg ein- bis zwei Jahrhunderte über der forsttechnisch üblichen Umtriebszeit.

Warum wird im *„Faktencheck"* nicht darauf hingewiesen, dass absterbende Nadelholzplantagen sehr häufig im Kahlschlagverfahren - unter massiver Schädigung des Bodens durch flächiges Befahren mit schwerem Gerät – gerodet werden, das entstandene Totholz abgeräumt und der Natur dadurch wieder entzogen wird? Ein prominentes Beispiel hierfür ist das FFH-Gebiet *„Montabaurer Höhe"*. Warum fordert der *„Faktencheck"* keinen Paradigmenwechsel in der Behandlung der entstehenden Kalamitätsflächen ein? Ist die Schädigung des Edaphons von Waldböden durch abrupte Freistellung und damit verbundene Verdichtung, massiv erhöhte Einstrahlung und Austrocknung doch ein Kernproblem des Lebensraumschutzes für Wälder.

In Kernaussage 14 (S. 19) wird ausgeführt, dass die Trockenschäden unserer Wälder durch Auflichtung und den Anstieg des Totholzes bislang eine positive Wirkung auf die biologische Vielfalt gehabt hätten, dass aber langfristig der Rückgang von Baumarten

mit bedeutender Habitatfunktion für andere Arten und von Waldlebensraumtypen auch einen negativen Einfluss auf die biologische Vielfalt haben könnte. Warum wird im „Faktencheck“ nicht darauf hingewiesen, dass ein positiver Effekt auf die Artenvielfalt nur dadurch entstanden ist, dass extrem artenarme und naturferne Nadelholzplantagen abgestorben sind (wo man von „Wald“ kaum sprechen kann), als Folge einer verfehlten Forstwirtschaft, die auch aktuell überwiegend auf den Neuaufbau von Altersklassenforsten setzt? Warum wird nicht näher auf die Notwendigkeit ökosystembasierter Ansätze für eine Waldentwicklung der Zukunft in den Zeiten des Klimawandels eingegangen, wie z.B. von Professor P. Ibisch eingefordert? Warum wird immerzu von Baumarten gesprochen und nicht von dynamischen Waldökosystemen?

Eine zukunftsweisende Naturschutz-Politik kann ohne die Erkenntnis der Notwendigkeit eines vollkommenen Wald-Mosaikzyklus nicht entstehen. Echten Waldökosystem kommt eine herausragende Bedeutung für Klima, Böden, Ertrag, Vielfalt und Schönheit unserer Landschaft zu, denn von Natur aus wäre Europa von Wald geprägt. Dabei geht man häufig noch davon aus, dass dafür ein geschlossenes Kronendach typisch gewesen sei, weil die natürlich offenen bis halboffenen Verjüngungs- Alters- und Zerfallsphasen nicht berücksichtigt werden.

Aus dieser Betrachtung ergibt sich eine Verknüpfung zur Landwirtschaft, die der vorliegende *„Faktenscheck“* schuldig bleibt. Man mag der industrieartigen Landwirtschaft vorwerfen, zu großen Anteilen für die Misere in Artenschutz und Lebensraumschutz verantwortlich zu sein. Der *„Faktencheck“* kann hierzu begründet die Aufgabe des Futteranbaus zur Haltung von Stalltieren fordern, zudem im Gespräch ist, die Zahl der Weidetiere in den kommenden Jahren stark zu dezimieren. Die von Futteranbau frei zu stellenden Agrarflächen können zu Formen der Agro-Forestry umgewidmet werden, die einerseits kleinklimatisch günstiger sind als offene Teilzeitsteppen der Futteranbauflächen, und auf denen andererseits wertvolle Nahrung für Menschen in Form von Gemüse, Nüssen und Obst angebaut werden können. Zudem können diese z.T. als Äsungsflächen für Wildschwein, Reh und Hirsch dienen und den Verbissdruck in naturfernen Forsten senken.

In Kernaussage 17 des *„Faktenchecks“* (S. 21, gebietsfremde und invasive Arten) wird zwar auf eingeschleppte Pilzkrankheiten hingewiesen, die heimische Baumarten bedrohen können, warum aber wird nicht ausgeführt, dass die Forstwirtschaft zunehmend auf nicht heimische Baumarten setzt (die in die heimischen Ökosysteme nicht eingebunden sind und somit problematisch für die Biodiversität sind), die z.T. auch als invasiv einzustufen sind, wie z.B. die Douglasie oder die Roteiche, oder die sich zukünftig als invasiv erweisen können? Warum wird nicht kritisiert, dass vielerorts Plantagen und Reinkulturen aus nicht standortheimischen Baumarten wie Roteiche, Douglasie oder Küstentanne etabliert werden?

Foto 4 (© A. Schmoll): Kahlschlag im FFH-Gebiet „Leipziger Auwald“

In Kernaussage 17 (S. 21) wird von politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen, Gesetzen und Programmen geschrieben, die zur Förderung der biologischen Vielfalt entwickelt wurden – z.B. die FFH-Richtlinie -, jedoch durch konkurrierende Instrumente aus anderen Sektoren eingeschränkt werden können, z.B. der Landwirtschaft oder dem Straßenbau. Die Forstwirtschaft wird nicht benannt. Warum nicht, ist doch der negative Einfluss intensiver Forstwirtschaft auf die Biodiversität in Wäldern hinlänglich dokumentiert? Warum wird nicht thematisiert, dass sich auch in den FFH-Gebieten der Erhaltungszustand der meisten FFH-Lebensraumtypen (auch die der Wald-FFH-Lebensraumtypen) nicht verbessert hat, und dass die Schutzbestimmungen völlig unzureichend sind? Insbesondere in den Wäldern hat sich der FFH-Schutzstatus als nahezu wirkungslos erwiesen, weshalb Norbert Panek treffend von *„Etikettenschwindel“* und *„Rohrkrepierer“* geschrieben hat. Im Leipziger Raum sind der Leipziger Auwald, das Oberholz und das Eichholz Beispiele für einen unzureichenden FFH-Gebietsschutz. Der Autorengruppe sind die dortigen Missstände unmittelbar bekannt, sie finden jedoch keinen Eingang in den *„Faktencheck“.*

Hinsichtlich der Energiepolitik werden in der Kernaussage 17 negative Effekte durch den Anbau von Mais und Raps zur Erzeugung von Kraftstoffen benannt. Warum werden im *„Faktencheck“* aber die negativen Auswirkungen von Windindustrieanlagen, die massiv vorangetrieben werden und aktuell geradezu in die Wälder und in Landschaftsschutzgebiete hineingetrieben werden und mit erheblichen Beeinträchtigungen der Forstökosystem verbunden sind (einige Beispiele von sehr vielen: Reinhardswald, Bannwald Ebersberger Forst, Odenwald, Schwarzwald), völlig ausgeblendet? Nach Erhebungen der Fachagentur Wind wurden in Deutschland bis Ende 2023 etwa 2.450 Windräder im Wald gebaut, was verdeutlicht, wie erheblich diese

Gefährdung tatsächlich ist. Und der Druck auf die Wälder durch WEA-Planungen steigt rapide weiter an.

Die in Kernaussage 20 (S. 22, weitere Erläuterung auf S. 63) enthaltene These, der verringerte Holzeinschlag in Deutschland führe dazu, dass in anderen Ländern mit niedrigerem Schutzstatus mehr Waldhabitate verloren gingen, muss hinterfragt werden, zeugt eine solche Aussage doch fast schon von einer gewissen postkolonialen Betrachtungsweise (Warum sollte Deutschland Anspruch auf das Holz aus anderen Ländern haben?). Solche Verlagerungseffekte sind zudem keinesfalls bewiesen. Vielmehr sollte in einem *„Faktencheck Artenvielfalt"* eigentlich der große und sogar noch zunehmende Holzhunger Deutschlands (Holzbauoffensive usw. propagieren die Ressource Holz als angeblich klimaneutralen Rohstoff) in Frage gestellt werden. Warum wird nicht zur Mäßigung des Holzverbrauchs in Deutschland gemahnt? Abgesehen davon, dass ein verminderter Holzeinschlag lediglich für die Jahre 2021-2023 zu konstatieren ist und v.a. durch die Absterbeprozesse der Nadelholzmonokulturen bedingt war (der Einschlag von Laubholz ist sogar gestiegen), ist der Gesamteinschlag in den Jahren 2013 bis 2020 stark angestiegen.

Die Behauptung auf S. 63, Holz ersetze klimaschädlichere Produkte wie Beton, Eisen und Aluminium müsste in einem *„Faktencheck"* ebenfalls hinterfragt werden. Mit dieser Formulierung wird den Forderungen nach mehr Einschlag und damit Biomasseentzug in Wäldern (z.B. durch die vielen Holzbauoffensiven bis hin zum Projekt „Bauhaus Erde" von Professor Schellnhuber) Vorschub geleistet. Die eigentliche Frage mit Relevanz für die Biodiversität besteht aber doch eigentlich darin, wie viel Entzug von Holz für einen Forst und einen künftig zu entwickelnden Wald überhaupt verträglich sein kann. Warum wird diese Frage in dem *„Faktencheck"* so gut wie nicht thematisiert?

In Kernaussage 21 (S. 22, weitere Erläuterungen auf S. 63) wird im *„Faktencheck"* positiv erwähnt, dass immer mehr zertifizierte Holzprodukte gekauft werden. Hier wäre ein wenig mehr Differenziertheit durchaus wünschenswert. Sind hiermit auch PEFC-zertifizierte Produkte gemeint? Die Kriterien des PEFC-Standards entsprechen in der Praxis lediglich dem (geringen) Mindeststandard, der durch die Gesetzgebung ohnehin vorgegeben ist (mit den bekannten Interpretationsspielräumen). Auch beim FSC-Standard ist keinesfalls immer gewährleistet, dass den Belangen des Waldschutzes Rechnung getragen wurde, wie viele Beispiele in Deutschland und anderen Ländern leider beweisen.

In Kernaussage 25 (S. 23 - 24) wird auf die FFH- und Vogelschutzrichtlinie als bedeutende Instrumente für Artenschutzmaßnahmen hingewiesen. Es wird zwar eingeräumt, dass die aktuelle Umsetzungsweise nicht ihr volles Potenzial entfalte (eine euphemistische Formulierung), das weitgehende Versagen des Natura 2000-Schutzstatus im Wald wird allerdings nicht in der gebotenen Deutlichkeit angesprochen (s.o.). Warum wird nicht das Problem angesprochen, dass bzgl. des Waldschutzes in FFH-Gebieten v.a. die Forstbehörden das Sagen haben anstatt die eigentlich für den Artenschutz zuständigen Naturschutzbehörden? In der alltäglichen Naturschutzpraxis führt dies dazu, dass in den FFH-Gebieten der Forstwirtschaft kaum Beschränkungen auferlegt werden. Selbst in den Naturschutzgebieten wird die sogenannte ordnungsgemäße Forstwirtschaft in Konsequenz der Land- und Forstwirtschaftsklausel durchgesetzt.

Eine stärkere Beachtung der Bodenbiodiversität, die im *„Faktencheck“* für die FFH-Gebiete gefordert wird, ist fraglos positiv zu sehen. Aber warum fordert dieser dann nicht ein, dass der Einsatz von schwerem Gerät und das Anlegen von Maschinenwegen im Wald innerhalb von FFH-Gebieten verboten und in allen Wäldern zumindest drastisch reduziert werden sollten?

In Kernaussage 26 (S. 24, Flächenmanagement außerhalb von Schutzgebieten) wird im *„Faktencheck“* für den Wald das Belassen von Alt- und Biotopbäumen und Totholz als positive Maßnahme erwähnt. Warum aber wird kein ausreichender Anteil an Prozessschutzflächen eingefordert, der für die Artenvielfalt essenziell wäre? Dabei ist doch hinreichend bekannt, dass die Wirksamkeit einzelner Biotopbäume und –gruppen für viele Arten alleine aufgrund der Arten-Areal-Beziehung eingeschränkt ist.

In den Kernaussagen 32 bis 36 (S. 25 - 26, transformativer Wandel, Mitbestimmung, gesellschaftliche Akteure etc.; Erläuterungen unter Punkt D S. 61ff, Punkt F8. S. 75) liest man leider v.a. allgemeine Schlagworte wie *„Paradigmenwechsel“*, *„Gemeinwohlorientierung“* oder *„freiheitlich demokratische Grundordnung*“. Warum wird hier nicht mehr Klartext gesprochen? Warum wird z.B. nicht kritisiert, dass Gesetzlichkeiten bzgl. des Natur- und Artenschutzes derzeit massiv abgeschwächt (z.B. durch die Einführung des § 45b in das Bundesnaturschutzgesetz), Möglichkeiten von Bürgerbeteiligungen im Zuge neuer Beschleunigungsgesetze, Notfallverordnungen usw. zunehmend eingeschränkt werden? So werden z.B. die Daten ehrenamtlicher Naturschützer v.a. bei Planungen von Windindustrieanlagen zunehmend ignoriert, während auf S. 34 erklärt wird, welche wichtige Rolle das Ehrenamt bei der Erfassung verschiedener Organismengruppen angeblich spielt. Solche Widersprüche sollten in einem *„Faktencheck“* aufgedeckt und kritisiert werden. Warum wird in Kernaussage 33 nicht das immer mehr um sich greifende massive Greenwashing, z.B. bei der Vergabe von CO^2-Zertifikaten, kritisiert und ein radikales Umsteuern eingefordert?

Wie sind die Vorschläge des *„Faktenchecks“* einzuordnen, wenn einerseits dafür plädiert wird, dass Biodiversitätsschutz auf der Verfassungsebene verbindlicher gemacht werden sollte oder ein Eigenrecht der Natur eingeführt werden könnte (so unter F6. S. 74), andererseits aber die aktuell erheblichen Schwächungen des Umwelt- und Naturschutzrechts so gut wie nicht kritisiert werden?

Lediglich auf S. 64 wird kurz erwähnt, dass eine EU-Notfallverordnung zum beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien verringerte Naturschutzauflagen nach sich gezogen hat, was dann aber direkt mit dem Krieg (in der Ukraine) in Verbindung gesetzt wird und somit direkt oder indirekt entschuldigt wird, das allerdings nicht überzeugt, denn unsere Gesellschaft befindet sich in einer multifunktionellen Situation. Der Angriff auf das Naturschutzrecht begann jedoch bereits lange vor 2022 (s. Ausführungen in verschiedenen Artikeln der Naturschutzinitiative). Und es ist irritierend, wenn ein *„Faktencheck Artenvielfalt“* nicht deutlich Kritik übt, wenn Natur- und Artenschutz gegen Klimaschutz ausgespielt werden.

In den Hintergrundinformationen ab S. 30 werden im *„Faktencheck“* die Kernaussagen 1 – 38 zum Teil erläutert und ergänzt, weshalb nachfolgend lediglich auf einige Aussagen und Formulierungen eingegangen werden soll, die hinsichtlich der Wald-/Forstthematik besonders relevant erscheinen.

Zu Abb. 23 (S. 31) ist zu vermerken, dass der Leipziger Auwald nicht nur selten überflutet wird (wie unter dem Foto angemerkt), sondern gar nicht mehr, es sei denn es handelt sich um Katastrophenhochwässer (gesteuerter Polder), die in auenökologischer Hinsicht jedoch irrelevant sind. Auch die kürzlich eingeleiteten kleinflächigen Vernässungen am Burgauenbach sind aus auenökologischer Sicht als marginal und für ein Auenökosystem völlig unzureichend zu bewerten. Soweit diese Maßnahmen als Beitrag zur Revitalisierung bezeichnet werden, handelt es sich um Etikettenschwindel.

Auf. S. 33 (unter A.2) wird auf die Verantwortungsart Rotmilan hingewiesen. Warum wird nicht auf die zunehmende Gefährdung der Art durch die Errichtung von Windindustrieanlagen in Wäldern und Dichtezentren der Art hingewiesen?

Unter A.3 (S. 33) wird als wichtiges Monitoringinstrument die Bundeswaldinventur (BWI) benannt und beschrieben. Warum wird nicht auf die Unzulänglichkeiten dieser Inventuren hingewiesen, dass es sich hierbei lediglich um eine Bauminventur handelt, bei der wichtige ökologische und waldökosystemare Zusammenhänge ausgeklammert werden? Warum wird nicht thematisiert, dass die Ergebnisse der vergangenen Bundeswaldinventuren nicht zu relevanten Verbesserungen der Waldökosysteme geführt haben? Die Autoren könnten kenntlich machen, dass diese Inventur deshalb versagt, weil sie von einer diesbezüglich entweder nicht kompetenten oder in ihrer Aussage voreingenommenen Eingriffsdisziplin vorgetragen wird, und somit den Zielen eines Ökosystemschutzes nicht gerecht werden kann.

Warum wird auf S. 35 nicht kritisiert, dass das Thünen-Institut mit der Entwicklung eines *„Nationalen Biodiversitäts-Monitorings im Wald“* (NabioWald) betraut wurde, obwohl es dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und somit auch der Forstwirtschaft unterstellt ist? Die bestehenden Schwächen bzgl. der Fachkompetenz Biodiversität / Naturschutz und die offenkundigen Interessenskonflikte wären nur durch eine unabhängige Institution zu beheben - und ein Anstoß hierzu sollte von der Autorengruppe des *„Faktenchecks“* dem beauftragenden Ministerium eigentlich gegeben werden.

Auf S. 41 (B Ökosystemleistungen) wird betont, dass die Kühlwirkung von Wäldern besonders in Städten wichtig ist. Die Kühlwirkung ist aber gleichermaßen auch für alle Landschaften und auch für die Wälder in sich (Waldinnenklima in geschlossenen Wäldern) hochbedeutsam (s. Kernaussagen P. Ibisch et al. *„Der Wald in Deutschland auf dem Weg in die Heißzeit“*). Die intensive Forstwirtschaft ist der Hauptfaktor, warum unsere Wälder eine verringerte Resistenz und Resilienz gegenüber Hitze und Dürre aufweisen. Welche Vorschläge kann die Autorengruppe des *„Faktenchecks“* hierzu liefern?

Auf S. 45 wird von den Vorzügen gesprochen, die artenreiche Mischwälder bzgl. ihrer Ökosystemleistungen (Kohlenstoffspeicherung, Kühlwirkung) aufweisen. Besser wäre es gewesen, von *„durch heimische Arten geprägte Waldökosystemen“* zu sprechen (insbes. im Biodiversitätskontext), denn unter *„Mischwäldern*“ versteht die Forstwirtschaft zunehmend durch nichtheimische Arten geprägte Forste.

Auf S. 49 (C Direkte Treiber) wird beschrieben, dass die heutige Waldlandschaft stark fragmentiert ist und trotz Waldumbau der vergangenen Jahrzehnte immer noch stark von einschichtigen Altersklassenwäldern geprägt wird (zu 32 %), die häufig aus

standortfremden Monokulturen bestehen. Auch schädliche Entwässerungsmaßnahmen werden angesprochen. Bedauert wird dann jedoch hauptsächlich nur, dass es nur noch wenige historische Waldnutzungsformen gibt, während die hohe Bedeutung von Naturwäldern und Prozessschutzflächen im Wald nicht hervorgehoben wird.

Foto 5 (© A. Schmoll): Bodenzerstörung durch die „ordnungsgemäße" Forstwirtschaft (Sachsenforst) im FFH-Gebiet „Oberholz"

Auf S. 50 wird hervorgehoben, dass temporäre Gewässer auf verdichteten Rückegassen eine förderliche Wirkung auf Amphibien, insbesondere die Gelbbauchunke, haben können. Eine solche Aussage in einem *„Faktencheck Artenvielfalt"* (Biodiversität), die die gravierenden Schädigungen der Waldböden und der Waldökosysteme durch Maschinenwege schönredet, ist sehr ärgerlich. Welches Verständnis von Biodiversität zeigt sich hier? Oder hat sich hier die Forstlobby durchgesetzt?

Hinsichtlich der direkten Treiber für Biodiversitätsschwund wird der massive Ausbau der Windenergie (auch im Wald) kaum behandelt. Obwohl von ihm doch vielfältige negative Auswirkungen auf Ökosysteme und zahlreiche Arten bewiesenermaßen ausgehen. Nur auf S. 51 wird kurz darauf hingewiesen, dass Bau und der Betrieb von Offshore-Windanlagen marine Säuger und Seevögel beeinträchtigen können, auf S. 62, dass Windenergieanlagen dazu führen können, dass Vögel und Säugetiere Gebiete großflächig meiden. Dies wird auf S. 62 jedoch sofort wieder beschönigt, indem erläutert wird, dass Kollisionen mit Rotorblättern durch Abschaltzeiten minimiert werden können. Obwohl diese Minimierungsmaßnahme in ihrer Effektivität umstritten ist und in § 45b Abs. 9 Bundesnaturschutzgesetz die Möglichkeiten der Festsetzung von Abschaltzeiten stark eingeschränkt werden. Warum werden die massiven Gefährdungen vieler Arten durch die Windindustrie derart verharmlost? Weil sich die

Bundesregierung und die obersten Bundesbehörden (so auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung als Hauptförderer des „*Faktenchecks*“) – z.T. sogar im Schulterschluss mit großen Naturschutzorganisationen – darauf verständigt haben, den Ausbau der Windenergie weitgehend ohne Rücksichtnahme auf Natur- und Artenschutz massiv auszubauen? Giftige Emissionen dieser Anlagen und weitere gravierende negative Effekte auf die Umwelt werden nicht benannt. Müsste dies nicht in einem „Faktencheck“ als dringend zu ändernder Sachverhalt gefordert werden?

Auf S. 51 (in Ergänzung zu Kernaussage 14, s.o.) werden die angeblich positiven Entwicklungen in den Wäldern besprochen. So wird erläutert, dass der Anteil an Laubbäumen steige und die Nutzungsintensität rückläufig sei. Durch Förderung von Naturverjüngung und Pflanzungen unter Schirm habe der Anteil mehrschichtiger dichter Wälder zugenommen. Dass auf den großflächigen Kalamitätsflächen weiterhin in der Regel naturferne Altersklassenforste (z.T. sogar wiederum mit Fichte, Kiefer, Douglasie, Roteiche usw.) etabliert werden (in der Regel nach einer ökosystemschädigenden Beräumung und Befahrung der Flächen), bleibt auch hier unerwähnt. Bzgl. der angeblichen Erhöhung des Totholzanteils, die auf S. 52 beschrieben wird, s.o. (Kernaussage 14).

Die Aussage auf S. 52, die Erschließung und das Befahren von Wäldern für die Holzentnahme habe neben negativen auch positive Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, da so auch neue Lebensräume und Saumstrukturen für Pflanzen und Insekten entstünden, ist (wie bzgl. der Gelbbauchunke) in einem solchen *„Faktencheck“* wiederum sehr ärgerlich, werden doch die gravierenden Schädigungen der Waldökosysteme so auf gefährliche Art und Weise schöngeredet und ein merkwürdiges Verständnis zum Begriff der Biodiversität in Wäldern an den Tag gelegt. Diese Passage scheint wie aus einer Werbebroschüre der Forstwirtschaft gegriffen. Offenbart sich hier nicht nur ein stark reduktionistisches und utilitaristisches, sondern sogar ein falsches Verständnis von Biodiversität im Wald (Förderung von Offenlandarten im Wald durch forstbedingte Zerstörung von Waldstrukturen)? Eine Verbesserung der Biodiversität im Wald kann keinesfalls aus einer Zunahme von Nicht-Waldarten (z.B. nach einer Öffnung des Waldes durch Rodungen) abgeleitet werden. Im Gegenteil: Diese waldfremden Arten verweisen auf eine Störung, die sich z.B. in der Abnahme stenöker Waldarten (als ein relevantes Kriterium der Beurteilung der Biodiversität im Wald) niederschlägt.

Immerhin wird auf S. 53 noch kurz darauf hingewiesen, dass Befahrung von Böden den Rückgang bestimmter Bodenorganismen zur Folge haben kann und dass Pferde für die Holzernte Belastungen vermindern können. Dies rückt jedoch die oben getroffene Fehleinschätzung bezüglich des forstlichen Einflusses nicht gerade. Und auf S. 63 wird dann (die Schwere der realen Beeinträchtigungen einschränkend) darauf hingewiesen, dass technische Innovationen helfen sollen, negative Einflüsse der Befahrung im Wald zu verringern. Etwa dadurch, dass – in der Realität - die schweren Maschinen wie etwa die Harvester immer größer und schwerer werden (z.B. der neue *„Hannibal T50“* mit rund 50 t Eigengewicht)?

In Abb. 44 (S. 54) wird ein abgestorbener Fichtenbestand im Harz gezeigt mit der Unterschrift *„Baumarten sind infolge des Klimawandels Trockenstress ausgesetzt“.* Warum erläutert der *„Faktencheck“* nicht, dass es sich um eine nicht standortgerechte Fichtenplantage handelt und der Harz natürlicherweise durch Buchenmischwälder

geprägt wäre (bis auf die oberste Lage, wo die Fichte dominieren würde)? Auch in diesem Fall ist für das Absterben in erster Linie die Forstwirtschaft verantwortlich.

Auch auf den folgenden Seiten werden die Schäden im Wald hauptsächlich dem Klimawandel angelastet, ohne adäquat auf die Vorschädigungen in Folge der intensiven Forstwirtschaft einzugehen. Zudem wird nicht darauf hingewiesen, dass die derzeitigen Praktiken, v.a. der Umgang mit Kalamitätsflächen (s.o.), das Aufheizen der Wälder befeuert und die Böden nachhaltig schädigt. Bzgl. des Problems von Buchenwäldern, die nach wie vor mittels Schirmschlag bewirtschaftet werden, s.o..

Die Kalkung von Waldböden wird auf S. 57/58 neutral bewertet. Müsste hier vor einer solchen Maßnahme nicht auch das Edaphon untersucht werden? Es irritiert in diesem Zusammenhang, dass die Erhöhung von Störungszeigerarten offensichtlich positiv gesehen wird. In der Naturschutzforschung gilt es eigentlich als unbestritten, dass zahlenmäßige Diversität kein Wertkritierium sein kann, sondern ausschließlich die für die jeweiligen Lebensräume typische Artenvielfalt. Irritierend ist für einen *„Faktencheck Artenvielfalt“* auch, dass nachfolgend von *„Baumschädlingen“* (Borkenkäfer) gesprochen wird, einhergehend mit einem sprunghaften Anstieg des Insektizideinsatzes (der auch nicht angemessen kritisiert wird), ist der Begriff *„Schädling“* doch im Zusammenhang mit dem Begriff Biodiversität unangebracht. *„Schädlinge“* sind insbesondere die Folge forstlicher Monokulturen, also forstfachlicher Fehlbestockungen, und die als Schädling bezeichneten Arten sind Indikatoren dafür und haben im Ökosystem die Aufgabe, die am Standort falsche Bestockung durch ein standortspezifisches Artengefüge zu ersetzen.

Auf S. 59 des „Faktenchecks“ (Erläuterung zu Kernaussage 17) wird behauptet, dass bei invasiven Baumarten wie der Roteiche die Unterschiede in der Artenanzahl von Spinnen und Insekten gegenüber heimischen Arten nur gering seien bzw. dass keine einheitlichen Befunde vorlägen. Dabei ist hinreichend nachgewiesen, dass Roteichen nur wenigen heimischen Insekten Nahrung bieten, dass deren Laub nur schwer zersetzbar ist und dass andere Arten durch die Invasivität verdrängt werden. Roteichen sind daher als Paradebeispiel für artenarme Monokulturen bekannt. Warum wird in dem gesamten „Faktencheck“ nicht auf die Gefährdungen der Biodiversität durch die zunehmende Verwendung nichtheimischer Baumarten hingewiesen (keine oder mangelnde Einbindung nichtheimischer Arten in das Ökosystem)?

Auf den S. 67 – 68 erfolgen einige weitere Erläuterungen zu den Natura 2000-Gebieten (s.o. Kernaussage 25). Die Ausführungen zu Managementmaßnahmen, die nicht zum erwünschten Erfolg führen, bleiben nebulös. Ein Plädoyer für mehr Prozessschutz (der v.a. Wald betrifft) findet sich zumindest nicht. Es wird darauf hingewiesen, dass es keine Flächenkonkurrenz zwischen Prozessschutz mit natürlicher Dynamik und dem Schutz wertvoller Bestandteile der Kulturlandschaft geben darf. Sollte ein *„Faktencheck Artenvielfalt“* nicht darauf hinweisen, dass Prozessschutz in FFH-Gebieten bisher die absolute Ausnahme darstellt? So wird die Forstwirtschaft in FFH-Gebieten kaum beschränkt. Auf S. 68 wird wiederum für mehr kleine Schutzgebiete plädiert (statt großer), mit der Argumentation, viele schutzwürdige Arten seien beweglich genug, um diese Gebiete zu besiedeln. Das erscheint befremdlich, denn es ist hinreichend dokumentiert, dass viele Arten mit größeren Raumansprüchen (z.B. Luchs, auf den der Faktencheck an anderer Stelle hinweist) nur in ausreichend großen und miteinander vernetzten Schutzgebieten überleben können (s.o.).

Sehr viel Raum im *„Faktencheck“* nimmt der Bereich Monitoring und Forschung ein (v.a. Punkt H S. 80 – 86). Weitreichende Ausweitungen vorhandener Programme und neue Forschungsansätze werden eingefordert, wie z.B. KI- und eDNA-basierte Techniken. Dass dadurch viele Autorinnen und Autoren des *„Faktenchecks“* direkt selbst profitieren würden, liegt auf der Hand, ist jedoch zunächst auch nicht unbedingt problematisch. Es müsste in einem solchen *„Faktencheck“* jedoch auch darüber diskutiert werden, ob Monitoring-Programme tatsächlich auch zu mehr Natur- und Artenschutz führen. Nähren die negativen Trends der meisten Artengruppen nicht den Verdacht, dass die zahlreichen bereits implementierten und z.T. umfangreichen Monitoring-Programme (z.B. FFH-Monitoring) den Artenschwund lediglich begleiten?

Derlei Programmvorschläge fördern weitere theoretische Forschungen, von denen es reichlich gibt, doch sie lassen vergessen, dass wir eigentlich bereits über alle wesentlichen Kenntnisse und Instrumente verfügen, um Ökosysteme in Wald und Offenland und sogar in Siedlungsgebieten naturnaher gestalten zu lassen – und sogar natürliche Ökosysteme als Elemente der künftigen Kulturlandschaft wieder entstehen lassen können.

Als Fazit des vorliegenden *„Faktenchecks Artenvielfalt“* ist festzustellen, dass die Forstwirtschaft als Treiber des Schwundes der Biodiversität in naturschutzfachlich unverständlichem Maße geschont wird. Häufig werden angeblich positive Entwicklungen der Forstwirtschaft zugeschrieben (angebliche Erhöhung des Totholzanteils bis hin zur Schaffung von Gelbbauchunkengewässern auf Rückegassen), während die gravierenden Gefährdungen und Schädigungen der Waldökosysteme – sowohl frühere als auch aktuelle (z.B. der ökosystemschädigende Umgang mit Kalamitätsflächen, Aufrechterhaltung des Prinzips der Altersklassenforste usw.) - systematisch schöngeredet werden.

Woran mag das liegen? Wichtig in einem solchen Zusammenhang ist stets die Analyse, welche Herausgeberinnen und Herausgeber, welche Autorinnen und Autoren maßgeblich an der Endfassung des veröffentlichten Werks beteiligt waren, von welchen Institutionen die Erarbeitung und Publikation gefördert und finanziert wurde und auch, mit welchen Institutionen, Verbänden, Lobbygruppen usw. Abstimmungen erfolgt sind.

Erstgenannter Herausgeber (Hrsg.) des *„Faktenchecks Artenvielfalt“* ist Professor Christian Wirth (entgegen der alphabetischen Reihenfolge), weshalb man davon ausgehen kann, dass er besonders maßgeblich für die Inhalte der Endfassung verantwortlich ist.

Foto 6 (© A. Schmoll): „Eichenförderung“ im FFH-Gebiet „Leipziger Auwald“

In Leipzig ist Professor Wirth aktiver Fürsprecher des städtischen Forstamtes, propagiert Kleinkahlschläge zur Etablierung von forstlichen Eichen(mono)kulturen (da die Eiche sich angeblich nicht verjünge und sonst absehbar verschwinden würde, was ausweislich von Kennern der Verjüngungsdynamik der Stieleiche sachlich falsch ist und im Auwald sogar der Art zusagenden Orten eine vitale Verjüngung belegt werden kann) und eingriffsintensive Altdurchforstungen sowie Schirmschläge im FFH-Gebiet „Leipziger Auwald“ inmitten von höchst schutzwürdigen FFH-Lebensraumtypen. Gegenüber Prozessschutz im Auwald ist er eher skeptisch. So ist er Hauptautor des Artikels *„Reiner Prozessschutz gefährdet die Artenvielfalt“* (mit *„wertvollen Hinweisen“* der Forstprofessoren Christian Ammer und Jürgen Bauhus laut Danksagung unter diesem Artikel), das auch im Klageverfahren der Grünen Liga Sachsen e.V. bzw. NuKLA e.V. vor dem OVG Bautzen seitens des beklagten Forstamtes eingesetzt wurde (Grüne Liga Sachen und NuKLA e.V. haben das Verfahren dennoch gewonnen). Er ist zudem Mitglied der forstaffinen Arbeitsgruppe *„Stärkung der Wald- und Holzforschung in Deutschland“.* Insgesamt kann somit festgestellt werden, dass er gegenüber der heutigen Forstwirtschaft grundsätzlich positiv eingestellt ist, entsprechende Forst-förderliche Forschung (z.B. Forschung für das städtische Forstamt Leipzig) betreibt – und somit zu diesem Thema voreingenommen ist.

Eine weitere Herausgeberin des *„Faktenchecks*“ ist Professorin Nina Farwig. Sie ist Mitglied des vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) berufenen wissenschaftlichen Beirats für Waldpolitik der Bundesregierung - welches auch für die Forstwirtschaft zuständig ist. Interessenskonflikte waren somit vorprogrammiert und fanden offensichtlich ihren Niederschlag im vorliegenden Faktencheck.

Mitautor des „Faktenchecks“ (in der Literaturliste zum Thema Wald sind 15 seiner Publikationen gelistet) ist auch der Forstprofessor Christian Ammer, der sich u.a. als Bekämpfer des forstkritischen Försters und Waldschützers Peter Wohlleben (*„Das geheime Leben der Bäume“)* und der kanadischen Waldforscherin Susanne Simard *(„Die Weisheit der Wälder“*) hervorgetan hat. Auf Frau Simard gehen richtungweisende Forschungsergebnisse zurück, die auch in der Forstpraxis und im Naturschutz Deutschlands zu berücksichtigen wären.

Begutachtende Institutionen des *„Faktenchecks“* sind u.a. die Bayerische Landesanstalt für Wald- und Forstwirtschaft (LWF), die Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft Rheinland-Pfalz, das Landeskompetenzzentrum Forst Eberswalde, das Thünen-Institut sowie Thüringenforst. Es handelt sich dabei um ausgewiesene pro-forstlich-argumentierende Institutionen, die sicherlich ein sehr wachsames Auge auf die Inhalte des *„Faktenchecks Artenvielfalt“* gerichtet haben, insbesondere auf die *„Zusammenfassung für die gesellschaftliche Entscheidungsfindung“*.

Hauptförderer des Faktenchecks ist das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Somit ist die Ebene der Bundesministerien stark in das Projekt eingebunden und hat sicherlich Inhalte, Aussagen und Wertungen mitbestimmt, ob direkt oder indirekt. In der Tat liest sich der *„Faktencheck Artenvielfalt“* insgesamt eher wie eine Image-Publikation der Bundesregierung als eine Publikation unabhängiger kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Wesentliche Kritik an der aktuellen Umwelt- und Naturschutzpolitik der Bundesregierung fehlt gänzlich, obwohl es dazu reichlich Anlass gäbe.

Als Fazit bedauern wir, dass dieses sehr umfangreiche Projekt seinem Anspruch als *„Faktencheck“* nicht gerecht wird. Vom Titel her war ein rein faktenbasierter, unabhängiger und kritischer Zustandsbericht der Biodiversität in Deutschland zu erstellen. Es konnte erwartet werden, dass Hauptakteure und Hauptgefährdungen des Biodiversitätsschwundes eindeutig und auch schonungslos benannt würden. Vor allem aber konnte erwartet werden, dass erkennbar wirksame, realitätsnahe Gegenstrategien vorgeschlagen würden, die tatsächlich eine Trendumkehrung auslösen könnten. Wir vermerken abschließend positiv, dass das Werk auf sehr vielfältige Detailinformationen, Literaturquellen usw. hinführt, die für künftige Naturschutztätigkeit dienlich sein werden. Bedauerlich, dass die Autoren diesen Fundus nicht zu praxisrelevanten zukunftsweisenden Naturschutzkonzepten in ihrem eigenen Auftragswerk genutzt haben.

Leipzig, der 23. Januar 2025

Die Autoren

Prof. Dr. Bernd Gerken: Aueninstitut für Lebendige Flüsse, c/o NuKLA e.V.
Axel Schmoll: Dipl.-Biologe aus Leipzig, Holbeinstraße 15

Weiterführende Literatur:

Bode, W. (2021): Alfred Möllers Dauerwaldidee; Matthes & Seitz Berlin.
Böhning-Gaese, K. & Bauer F. (2023): Vom Verschwinden der Arten; Klett-Cotta-Verlag.

Glaubrecht, M. (2019): Das Ende der Evolution – Der Mensch und die Vernichtung der Arten, C. Bertelsmann-Verlag.
Knapp, H. D., Klaus, S., Fähser, L. (2021): Der Holzweg – Wald im Widerstreit der Interessen; oekom-Verlag.
Levin M. (2023): Der ungezähmte Wald; Edel Verlagsgruppe GmbH.
Panek, Norbert (2021): Fichtenland- Wie Deutschland seine Wälder verlor, Natur & Text.
Panek, Norbert (2014): Wilde Länder braucht das Land; Ambaum Verlag.
Ibisch, P.L. & Wohlleben, P. (2023) Waldwissen; Ludwig-Verlag.

Text mit zahlreichen weiteren links und Quellen:

https://www.nukla.de/2025/02/bemerkungen-zum-faktencheck-artenvielfalt-wirth-et-al-2024/

Verantwortlich für den Inhalt:

Karl-Friedrich Weber, Ackerwinkel 5, 38154 Königslutter am Elm
kweberbund@aol.com
fon 0171 893 8311 oder 05353-3409
Alle Rechte liegen beim Autor Karl-Friedrich Weber
Der Waldbrief darf in unveränderter Form verbreitet werden.
Die Waldbriefe können Sie unter https://bund-helmstedt.de/wald/wald-briefe/ als pdf-Datei herunterladen.